

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 21

Artikel: Vom Reformkurs zum Umbruch
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094263>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Reformkurs zum Umbruch

Prof. Revesz war nach 31 Jahren erstmals wieder in seiner früheren Heimat. Aus dem «Konterrévolutionär» von 1956 ist ein geladener Referent und ein Interviewpartner der staatlichen Medien geworden. Weil er seine politischen Überzeugungen behalten hat, müssen die Veränderungen bei der ungarischen Seite liegen. Damit befasst sich sein heutiger Beitrag. Auf seine zum Teil verblüffenden persönlichen Erlebnisse wird er separat zurückkommen.

Im sozialistischen Osteuropa hat Ungarn neben Polen die bewegteste Geschichte im Bestreben nach mehr Selbständigkeit. Das begann nach Stalins Tod am 5. 3. 1953 mit der Ernennung von Imre Nagy zum Ministerpräsidenten am 4. 7. 1953.

Charakteristisch für diese erste Liberalisierungsperiode waren die Auflösung der Internierungslager, die Freilassung der Deportierten, die Beseitigung der «Kulakenliste» (mit den registrierten Klassenfeinden), die Förderung von Landwirtschaft und Konsumgüterproduktion auf Kosten der Schwerindustrie.

Im März 1955 kehrte das stalinistische Rakosi-Regime zurück und suchte die Entwicklung rückgängig zu machen, was ihm aber nicht gelang. Bald nach dem 20. KPdSU-Kongress vom Februar 1956 (Chruschtschows Entstalinisierung) setzte die Gärung bei den Literaten und Studenten wieder ein und ergriff bald alle Schichten der Bevölkerung. Das führte im Herbst 1956 zur Revolution, die durch eine sowjetische Invasion niedergeschlagen wurde.

Trotz vieler Hinrichtungen und sonstiger Repressionen nicht zuletzt gegenüber Jugendlichen und Kindern hielt sich der passive Widerstand und zwang in der Folge das Regime zu Konzessionen. Mit der Amnestie von 1963 kam eine Liberalisierung von Politik und Wirtschaft. Janos Kadar gab die Parole aus: Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.

Am 1. Januar 1968 trat der «Neue Wirtschaftsmechanismus» in Kraft: Lockerung der Planwirtschaft und grössere Freiheit für die Betriebe. Dieser Reformkurs wurde in den siebziger Jahren, wahrscheinlich auf Betreiben Moskaus, das am ungarischen «Gulasch-Kommunismus» kein Gefallen fand, zunächst gestoppt, setzte sich dann aber nach 1978 wieder fort, unter anderem dank dem zugelassenen Privatsektor, der sich rasch ausbreitete.

Opposition und Erneuerung

Speziell in den achtziger Jahren erstarkte auch die politische Opposition wieder. Anfang 1987 veröffentlichten die Andersdenkenden in der Samisdatzeitschrift «Beszelö» ein Reformprogramm, das sich dem Revolutionsprogramm von 1956 anschloss;

unmittelbares Ziel war es, die Sicherheit der Bürger gegenüber dem Partei- und Staatssektor zu festigen.

Die Ausstrahlung der Gorbatschow-Ära ab 1985 aktivierte weitere politische Tätigkeiten auch in Ungarn. Immer neue Gruppen und Gemeinschaften (zum Beispiel für den Umweltschutz) bildeten sich selbst; zum Teil registriert und legal, zum andern Teil nicht. Insgesamt verstärkte sich der Druck auf demokratische Änderungen.

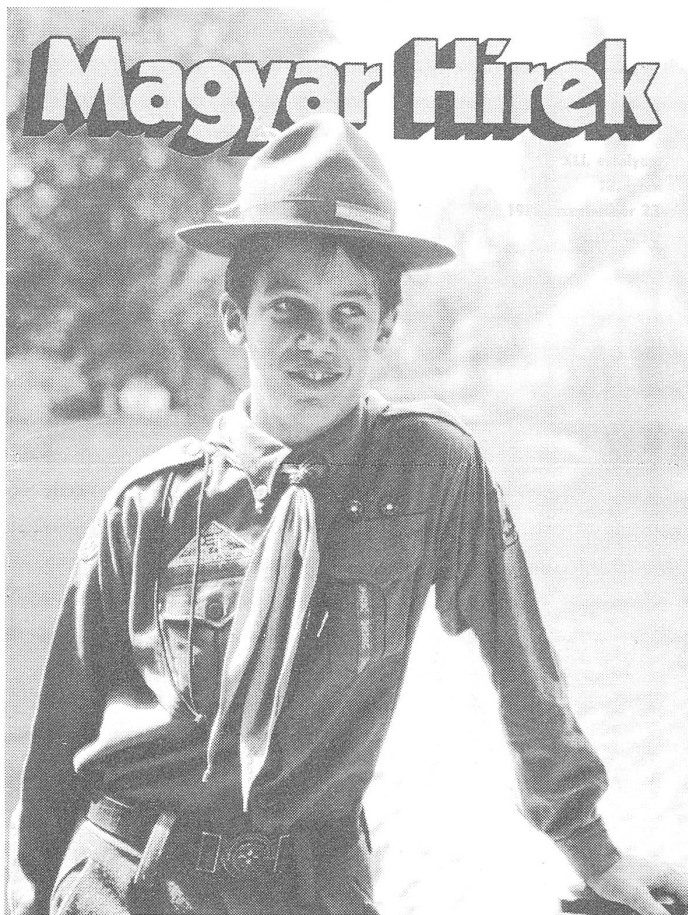
Das Regime geriet zunehmend in Schwierigkeiten, auch wegen wirtschaftlicher Rückschläge; die «halben Reformen» rieben sich am System, und das Lebensniveau der Bevölkerung senkte sich. Im Mai 1988 fand eine Landeskongress der USAP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei = KP) statt; zahlreiche Voten widerspiegelten den Vertrauensschwund auch innerhalb der eigenen Reihen. Die Partei hat von Ende 1987 bis Juni 1988 73 000 Mitglieder oder 8,3 Prozent ihres Bestandes verloren («Nepszava» Budapest, 27. 9. 1988).

Die Konferenz erneuerte die Führung, reduzierte den ZK-Apparat um 10 Prozent und veranlasste die Entlassung von etlichen vollamtlichen Parteifunktionären; der kritische Ton der Debatte war präzedenzlos.

Ende September 1988 tagte das Zentralkomiteeplenum. Die Diskussionsteilnehmer vermerkten die zunehmende Pluralisierungstendenz der Gesellschaft und die Diversifizierung der öffentlichen Meinung (die Glasnost hat die ungarischen Medien richtiggehend erfasst). Indessen will die Partei auf ihre Führungsrolle (die ihr de facto entgleitet) nicht verzichten, wiewohl sie laut Plenum-Beschluss «die Bürger unterstützt, die von ihren konstitutionellen Rechten Gebrauch machen und sich zu verschiedenen Interessengruppen zusammenschliessen». Aber: «Zu den Prinzipien der Verfassung gehört jedoch die Anerkennung der führenden Rolle der Partei und die Einhaltung der Verpflichtungen, die sich aus der ungarischen Bündnispolitik ergeben.» («Magyar Hirlap», 28. 9. 1988)

Die Jungen finden andere Pfade

Weitaus am stärksten zeigt sich die Erosion bei der Jugendorganisation.



Offiziell nicht existent, aber sichtbar vorhanden: die Pfadfinder als alternative Jugendorganisation. Titelseite der Illustrierten «Magyar Hírek», Budapest, 23. 9. 1988.

Der Kommunistische Jugendbund KISZ hat seine frühere Monopolstellung verloren und ist nirgends mehr «in». Seine Mitgliederzahl ist seit 1986 von 900 000 auf 720 000 zurückgefallen, bei der studierenden Jugend sogar auf 40 bis 50 Prozent («Petöfi Nepe», Kecskemet, 14. 5. 1988). Überall wird er von «selbsttätigen Jugendgruppen» konkurrenziert, die sich nicht registrieren lassen und immer mehr Zulauf finden. Unter diesen Umständen sieht der KISZ selbst sein Heil darin, sich durch grössere Unabhängigkeit von der Partei zu profilieren, um das Vertrauen der Jugend nicht vollends zu verlieren («Dunantuli Naplo», Budapest, 13. 5. 1988).

Ihre eigenen Probleme hat die Kinderorganisation der Jungen Pioniere, und zwar wegen der aufkommenden Pfadfinderbewegung. Diese war 1948 aufgelöst worden, und weil das Verbot formell nie widerrufen wurde, existiert sie «offiziell immer noch nicht» («Magyar Hirlap», 28. 9. 1988). Sehr wohl existiert sie aber seit diesem Jahr in der Praxis, und zwar so, dass sich die offizielle Kinderorganisation «auf den Wettbewerb mit der Pfadfinderorganisation vorbereiten muss» (gleiche Quelle).

Im September fand in Szeged eine grosse Ausstellung über die Pfadfinderbewegung statt; der Andrang aus verschiedenen Teilen

des Landes war enorm, und das Gästebuch wurde schon bei der Eröffnung voll («Magyar Hírek», Budapest, 23. 9. 1988).

Dieses Jahr sind die ersten Pfadisommerlager organisiert worden, und zwar von den Kirchen. Im November wird die erste Konferenz von Pfadfinderleitern stattfinden, unter anderem mit westlichen Vertretern ungarischer Abstammung.

Das Landespräsidium des Verbandes Ungarischer Pioniere (Üttörök) hat am 27. September den Dialog mit den Pfadfinderleitern gutgeheissen, die mehr Erfolg hätten und besser ausgebildet seien als die Pionierführer. «Bei uns gibt es seit Jahrzehnten keine so gute Ausbildung mehr, und wir finden nur selten geeignete Führungskräfte» («Magyar Hirlap», 28. 9. 1988). So viel Anerkennung für eine Organisation, die es offiziell gar nicht gibt.

Partei, Jungkommunisten und Kinderorganisation bereiten sich also zu einem allgemeinen Dialog mit ausseramtlichen Gruppierungen vor, die unbeschadet ihrer allfälligen Registrierung real existieren. Das Zentralkomitee verurteilt nur noch «jene Kräfte, welche die Spannungen in der Gesellschaft noch weiter vertiefen wollen» («Magyar Hirlap», Budapest, 28. 9. 1988). Das ist eine Gummidefinition, aber gemeint sind vor

allem der «Verband Junger Demokraten» sowie jene Studentengruppierungen, die sich für Hochschulautonomie einsetzen und der Bevormundung durch das Bildungsministerium opponieren.

Soeben haben sich im Oktober die «selbstorganisierten Jugendgemeinschaften» zu einem «Landesrat der Ungarischen Jugend» (MIOT) zusammengeschlossen. Gleichzeitig funktioniert auch ein Jugendforum zur Koordinierung der Interessen verschiedener Gruppen und ist dem MIOT behilflich.

Laut Statutenentwurf können dem MIOT freie Vereinigungen angehören, die mindestens 500 Mitglieder unter 35 Jahren zählen und in mindestens drei Komitaten tätig sind. Im Vorfeld der Gründungsversammlung hatten unter anderem mehrere «alternative politische Bewegungen» ihre Kandidatur unterbreitet, insbesondere das Sozialdemokratische Jugendforum und das «Netz der Reformgemeinschaften». Der MIOT will auch mit den Initianten des Ungarischen Pfadfinderverbandes zusammenarbeiten. («Magyar Hirlap», 29. 9. 1988)

Wie es mit der Weltanschauung der Jugend steht, illustriert eine Zeitungsmeldung über eine «Linke Alternativvereinigung», die an der Karl Marx-Universität für Wirtschaftswissenschaften in Budapest gebildet wurde: «Es entstehen so viele nichtmarxistische Vereinigungen; da kann auch einmal eine marxistische Vereinigung entstehen» («Magyar Nemzet», Budapest, 1. 10. 1988).

Ebenso eine Randerscheinung ist die rechtsextreme «Skinheadbewegung», deren Mitglieder kubanische Gastarbeiter verprügeln und gegen ungarische Geschäfte mit den Ölscheichs protestieren; man bezichtigt sie in der Öffentlichkeit des Antisemitismus, wogegen sie sich verwahren. («Magyar Nemzet», Budapest, 5. 10. 1988)

Das Demokratische Forum

Von weit grösserem moralischen Gewicht als alle die bisher erwähnten Organisationen ist aber das Ungarische Demokratische Forum (MDF), dem etliche der bekanntesten Andersdenkenden angehören.

Die Gründung erfolgte beim letzten Jahreswechsel im oppositionellen (aber vom

► *Das halbgeöffnete Tor vom Parteikomitee. Ausflug: «Aber bis Lakitelek fährt ihr doch besser nicht.» («Ludas Matyi», Budapest, 21. 9. 1988). In der Ortschaft Lakitelek bei Kecskemet befindet sich das nicht so genannte Sekretariat der nicht so genannten Partei des Demokratischen Forums.*

▼ *Oppositioneller Bescheid an den Zuhälter: «In Zukunft kannst du uns unser Geld nicht mehr wegnehmen. Wir gründen unsern eigenen Gewerkschaftsverband.» («Ludas Matyi», Budapest, 21. 9. 1988)*



Regime geduldeten) Jurta-Theater von Budapest. Im MDF-Manifest heisst es: «Es muss verhindert werden, dass irgendeine Organisation (*gemeint ist die Partei*) sich über den Staat, die Gesetze und die Verfassung setzt. (...) Unser Hauptanliegen ist die Wahl eines demokratischen Parlaments, das nur den Wählern verantwortlich ist, sowie die Abklärung des Verhältnisses zwischen Staat und Partei.»

Das Forum, das sich ursprünglich nur als Bewegung definierte, hat am 3. September in Lakitelek bei Kecskemet beschlossen, sich in eine landesweite Organisation umzuwandeln. Teilnehmer an jenem Treffen waren

hauptsächlich humanistische Intellektuelle, die für Mässigung eintreten.

Laut den gleichentags angenommenen provisorischen Statuten ist das MDF eine unabhängige gesellschaftliche Organisation, die sich sowohl von der Partei als auch von der offenen Opposition distanziert. Diese Haltung wird von den radikaleren Jungintellektuellen als lau kritisiert, aber das MDF lässt sich von der Erinnerung an 1956 zur Vorsicht mahnen und zieht den Dialog der Konfrontation vor. Trotz seines etwas elitären Charakters hat das MDF schon vielerorts seine Zirkel und wird wohl demnächst auf eine fünfstellige Mitgliederzahl kommen;

1989 soll der erste Landeskongress stattfinden.

In seinen Statuten bekennt sich das Forum zur Schaffung eines Rechtsstaates und zu einer «neuen, wahrheitsgemässen Bewertung der Geschichte seit 1945». Es strebt freie Wahlen und eine parlamentarische Demokratie an. In der Aussenpolitik betont es das Prinzip der Gleichberechtigung und den Vorrang der nationalen Interessen, was natürlich auf die Beziehungen zu Sowjetunion und RGW anspielt. (Der Statutentext erschien in der ungarischsprachigen Zeitschrift «Becsi Naplo», Wien, Oktobernummer 1988.)

Das Aktionszentrum des Forums liegt in der kleinen Ortschaft Lakidelek, und der dortige Lehrer und Dichter Sandor Lezsak widmet zusammen mit seiner Frau seine gesamte Freizeit dieser Arbeit. Das MDF unterhält Kontakte zu Polen; die dortige katholische Wochenzeitung von Krakau, «Tygodnik Powszechny» widmete am 25. September dem Forum einen langen, zustimmenden Beitrag. Insbesondere gedankt das Forum, einen Gedankenaustausch mit der Solidarnosc und Lech Walesa selbst zu pflegen.

In Ungarn selbst brachte die Volksfrontzeitung «Magyar Nemzet» schon am 14. November 1987 einen Bericht über das entstehende Forum. Der Volksfront-Generalsekretär Imre Pozsgay, heute Politbüromitglied, nahm die Bewegung damals in einem Interview in Schutz. Sonst freilich dominierte bis vor kurzem die Tendenz, das Forum zu verschweigen. Die deutschsprachige «Budapester Rundschau» veröffentlichte am 3. Oktober 1988 einen umfassenden Artikel über das MDF unter dem Titel «Aus der Illegalität zur Partei? Forum Ungarischer Demokraten plant ersten Kongress». Die Presse habe die Existenz des MDF zu lange nicht zur Kenntnis genommen. Im Forum gebe es Menschen, die vielleicht sogar schon bezweifelten, «ob der Sozialismus die Probleme der Menschen überhaupt lösen» könne. Nun, in Ungarn gibt es wohl viele Leute, die über dieses «sogar» schon weit hinaus sind und an der Untauglichkeit des Sozialismus zur Lösung der Menschheitsprobleme keinen Zweifel haben.

Eine weitere wichtige Organisation ist die im Dezember 1987 gegründete Neue Märzfront, die politisch zwischen Partei und MDF steht. Im März dieses Jahres erliess sie einen Aufruf zur Schaffung einer geistigen Grundlage der gesellschaftlichen Erneuerung; der Text konnte erst im September veröffentlicht werden («Uj Tükör», Budapest, 18. 9. 1988). Die führende Rolle der Partei sei nur dann zu rechtfertigen, wenn sie Motor sowohl der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung als auch des geistigen Aufstieges sei. Punkt 5 verlangt mit den sozialistischen Ländern eine «Zusammenarbeit neuen Typs» auf der Basis von Gleichberechtigung, Marktwirtschaft und «offener Militärpolitik».

Regierende machen mit

Diese und andere mehrheitlich nicht registrierten, aber trotzdem geduldeten Gruppierungen und Organisationen haben Partei und Regierung zu einer Reformausweitung veranlasst, die in manchen Belangen die sowjetische Entwicklung überholt. Den hauptsächlichsten Oppositionsforderungen Richtung Systemüberwindung schliesst sich heute die Regierung bereits teilweise an. Als Hauptbegehren der neuen Generation nannte die Jugendzeitung «Magyar Ifjúság» (Budapest, 8. 7. 1988): Verfassungsreform, Bildung eines Verfassungsgerichts und eines Verwaltungsgerichts, Beschränkung der Rechte des Präsidialrates (welcher Gesetzesverordnungen erlassen kann) zugunsten des Parlaments.

Verblüffenderweise geht der neue Justizminister Kalman Kulcsar (seit Juni 1988 im Amt) eher noch weiter. Er befürwortet eine Verfassungsreform, eine verbindliche Regelung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Gewaltentrennung und (hier insbesondere die Trennung der Gerichte von den Territorialbehörden, um diesen jede Einmischung in die Rechtssprechung zu verunmöglichen), einen «alternativen Militärdienst», eine Überprüfung der Klassenjustiz nach 1945 («Magyar Nemzet», 20. 9. 1988).

Kulcsar gehört zu den Autoren des Buches «Menschenrechte in unserm Land», das diesen Sommer erschienen ist (besprochen in «Magyar Nemzet», 4. 8. und 25. 8. 1988). Verlangt werden dort unter anderem veränderte Beziehungen zwischen Bürgern und Partei/Staat, Ablösung zahlreicher heutiger Rechtsnormen, Abschaffung der Todesstrafe und der polizeilichen Internierung, rückwirkende Entschädigungspflicht des Staates an Bürger, denen Unrecht zugefügt wurde.

Der bekannteste Exponent der Reformpolitik in der obersten Führung bleibt Imre

Pozsgay, früherer Generalsekretär der Volksfront und seit der Parteikonferenz vom Mai 1988 Politbüromitglied und Staatsminister. Mitte September gab er seinen Standpunkt zum vieldiskutierten Thema eines Mehrparteiensystems mit Opposition bekannt. Er glaube nicht, dass das zur Verwirklichung des Pluralismus die wichtigste Aufgabe sei, halte aber den Einzug einer Oppositionspartei im Parlament für möglich. In einer späteren Äusserung erklärte er: «Wir haben grosse Zweifel, ob der bisherige Sozialismus der richtige war. Bisher wurden die Menschen im Sozialismus, der auf der Priorität des Staates basierte, mit feudalistischen Mitteln in verschiedene Schichten geteilt. (. . .) Die fehlende Demokratie muss jetzt nachträglich verwirklicht werden.» («Budapester Rundschau», 3. 10. 1988)

Die Stellung von Partei- und Regierungschef Karoly Grosz ist heute sicher nicht leicht. Dazu Pozsgay: «In der Regierung und in der Partei ist gegenwärtig eine ziemlich heikle Situation entstanden. Die Konservativen versuchen die Reformen hinauszuzögern.» (Gleiche Quelle)

Glasnostissimo

Wer nicht bremst, sondern antreibt, ist in Ungarn analog zur Sowjetunion die Presse. Hierzu ein Beispiel. Die illustrierte Wochenzeitung «Uj Tükör» (Budapest, 4. 9. 1988) widerlegt die Meinung, dass der Aufstand von 1956 ein Angriff auf den Sozialismus gewesen sei, mit folgender Begründung: Damals habe es laut heutiger Aussage von «Prawda»-Chefredaktor Afanassjew gar keinen Sozialismus gegeben, und logischerweise habe demzufolge auch kein Sozialismus angegriffen werden können.

So etwas wäre vor kurzem noch unvorstellbar gewesen, aber das gilt – wie gesagt – für viele Erscheinungen im heutigen Ungarn. ■



Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch
Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10)
0782409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 52.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 31.—
Einzelnnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland Europa und Mittelmeerländer

Jahresabonnement sFr. 57.—/DM 68.—
Luftpost sFr. 62.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler sFr. 36.—/DM 43.—
Einzelnnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 67.—

Wissenschaftlich-redaktionelle Mitarbeiter SOI

Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Max Keller, Ian Tickle,
Saulo Herrero, Georg Bruderer, Jürg L. Steinacher,
Jacques Baumgartner, Dr. Jerzy Bahr

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenliste Nr. 12

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Weitere SOI-Informationstätigkeit

SOI-Bilanz (monatliche Hintergrundinformation und Kurzanalyse der internationalen Lage)

Etudes politiques (Monatszeitschrift)

Artikeldienste für die Presse der 3. Welt.

Swiss Press Review and News Report
(für Asien und Afrika)

Revue de la Presse Suisse — Informations — Commentaires (für Afrika)

Revista de la Prensa Suiza y Noticiario
(für Lateinamerika)

Nashrat as-Sahafa as-Swisseria
(für arabische Länder)

Expertisen

Referentendienst

Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI

Verlag SOI (Taschenbuchreihe TM, Sonderdrucke usw.)

Buchhandlung SOI

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 52.—
(Ausland sFr. 57.—/DM 68.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

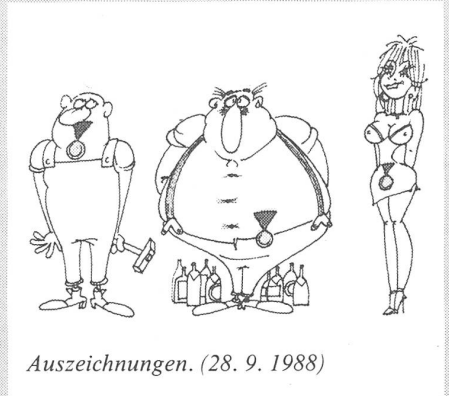
Datum, Unterschrift: _____

21/88

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6

«Ludas Matyi», Budapest

Politische Frivolitäten



Auszeichnungen. (28. 9. 1988)



Wenn sich zum Beispiel die Kontakte mit der polnischen Solidarnosc mehrten oder sich auch sonst die Grenzen öffnen: «Also, in Zukunft ist es nicht mehr verboten, uns mit den Proletariern aller Länder zu vereinigen.» (5. 10. 1988)



«Ein Glück für unsere früheren Politiker, dass die Menschenrechte in Zukunft auch ihnen gewährt werden.» (28. 9. 1988)



Der Boss: «Und unsereiner wird ständig angeschuldigt, sich zuwenig um die Jugend zu kümmern.» (21. 9. 1988)



In Ungarn gibt man jetzt Aktien heraus. «Trau der Sache lieber nicht, mein Sohn. Dein Grossvater hat seinerzeit auch Aktien gekauft und ist dann deportiert worden.» (31. 8. 1988)